

Skandal? Politische Einflussnahme? Vertrauenskrise in der Landespolizei!!!

Unterhält man sich dieser Tage mit Menschen außerhalb der Polizei, dann erfährt man vieles über deren Sicht und Erwartungen an Politiker.

Die Vorgänge um eine Turbo-Beförderung in ein Spitzenamt, die Durchsuchung im Innenministerium, das spontane Entlastungsgutachten und die fehlende politische Verantwortungsübernahme hinterlassen in der Landespolizei das Gefühl eines unfassbaren Skandals. Für viele Wählerinnen und Wähler ist es hingegen nur eine Bestätigung ihres Bildes von Politikern.

„War doch zu erwarten. Denen wird eh nichts passieren. Eine Krähe hackt der anderen doch kein Auge aus. Die schieben sich doch immer die Posten gegenseitig zu.“ – Und das sind noch die milden Ausdrücke, die man in diesem Zusammenhang hören kann.

Vielleicht sind diese Sätze für Politikerinnen und Politiker inzwischen so normal geworden, dass sie sich schlicht nicht mehr vorstellen können, welche tiefe Verunsicherung und Enttäuschung aktuell in der Polizei herrschen. Wir, die wir geschworen haben, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und alle in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren und unsere Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, stellen an uns und an unsere Führungskräfte höhere Maßstäbe als an den Rest der Gesellschaft, die sich diesem Eid nicht verpflichtet haben.

Sätze wie: „Wer eine Funktion über Jahre kommissarisch verantwortet, darf im Auswahlverfahren nicht von vornherein ausgeschlossen sein“, klingen wie Hohn in den Ohren von den knapp 1.500 Polizistinnen

und Polizisten des mittleren Dienstes, die auf Dienstposten des gehobenen Dienstes ohne Aufstiegschancen tätig sind. Mögliche Schäden in Höhe von über 400.000 Euro und die Übernahme von Gutachterkosten von 5.000 Euro wirken wie ein Schlag ins Gesicht, wenn man selbst kleinste Ausgaben in den Polizeibehörden infrage stellen muss. Jeder, gegen den in seinem dienstlichen Leben schon Anzeigen erstattet oder disziplinare Ermittlungen durchgeführt wurden, weiß, wie schmerzhaft und hart in solchen Fällen gehandelt wird.

Ja, jedem von uns ist bewusst, Menschen machen Fehler. Umso mehr erwarten wir von Menschen, in deren Amtseid es heißt: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widme, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde“,

dass sie auch unliebsame Vorgänge lückenlos und transparent aufklären, Transparenz über Verantwortungen herstellen und selbst konsequent Verantwortung übernehmen.

Davon ist leider im Moment rein nichts zu spüren. Stattdessen versucht man alles zu relativieren, es in den Kontext eines Wahlkampfes oder einer parteipolitischen Auseinandersetzung zu setzen. Diesen Bereich hat das Thema aber längst verlassen.

Es geht nicht mehr und nicht weniger als um das Vertrauen der gesamten Landespolizei in ihre heutige und zukünftige politische Führung.

Euer Christian Schumacher



Foto: GdP MV

DP – Deutsche Polizei
Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin
Telefon (0385) 208418-10
Telefax (0385) 208418-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Marco Bialecki (V.i.S.d.P.)
Telefon (0385) 208418-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. links)



Zur Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Schwerin



Ohne Beteiligung des HPRdP – Beförderung sorgt(e) für massiven Ärger

Nach massiver Kritik mehrerer Polizeiführer hatte sich nach NDR-Angabe (Stand: 17. September 2025, 11:11 Uhr) auch der Hauptpersonalrat der Polizei (HPRdP) eingeschaltet. Anlass war das Beförderungsverfahren, das Innenstaatssekretär Wolfgang Schmülling (SPD) verantwortet.

Rechtliche Schritte nicht ausgeschlossen

Darüber hinaus verweist der HPRdP auf die Möglichkeit einer verwaltungsgerichtlichen Klärung. Mit spürbarem Unmut stellte man beim Abteilungsleiter Polizei, Bertold Witting, die Frage, ob die Verwaltungsvorschriften „noch für alle Beschäftigten der Landespolizei gleichermaßen gelten“. Damit greift der Rat den Vorwurf von Sonderbehandlungen auf, der bereits von mehreren Polizeichefs geäußert worden war.

Innenminister Christian Pegel (SPD) verteidigte das Vorgehen. Juristisch sei das Verfahren nicht zu beanstanden, er selbst habe keinen Einfluss genommen. Schmülling habe „auf eigene Verantwortung“ gehandelt.

Am Ende waren jedoch der öffentliche und politische Druck zu groß: Polizeidirektor Dr. Andreas Walus (SPD) hat dem Innenministerium mitgeteilt, dass er auf seine Beförderung zum Leitenden Polizeidirektor verzichtet. In seinem Schreiben (Anm. der Redaktion: Nordkurier, 17. September 2025) an das Ministerium begründet er diesen Schritt mit einer Entscheidung „nach reiflicher Überlegung und aus innerer Überzeugung“.

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Innenstaatssekretär Schmülling

Die Staatsanwaltschaft Schwerin ermittelte gegen Innenstaatssekretär Wolfgang Schmülling und den Chef des LPBK MV, Andreas Walus, so der NDR am 17. September 2025. Es geht um mutmaßliche Untreue im Zusammenhang mit der Finanzierung von Coronaschutzmasken (siehe QR-Code).

2020 hatte das LPBK MV Masken für Landkreise beschafft und sollte Kosten abrechnen – teilweise geschah dies nicht. Folge: ein Schaden von rund 430.000 Euro. Walus soll Forderungen nicht eingefordert haben, Schmülling habe trotz Kenntnis nicht reagiert. Die Staatsanwaltschaft Schwerin hat mit Unterstützung von Beam-

ten des Landeskriminalamtes Brandenburg Durchsuchungsbeschlüsse des Amtsgerichts Schwerin, unter anderem betreffend die Diensträume des Staatssekretärs sowie des kommissarischen Leiters des LPBK, vollstreckt. Die Opposition fordert politische Konsequenzen bis hin zum Rücktritt von Innenminister Pegel. Gegen Schmülling und Walus laufen Disziplinarverfahren, die bis zum Ende des Strafverfahrens ruhen.



Verzichtet auf die Beförderung: Andreas Walus

Im Mittelpunkt steht Andreas Walus, kommissarischer Leiter des Landesamts für Polizeitechnik, Brand- und Katastrophenschutz (LPBK). Schmülling hatte den ehemaligen SPD-Kreisvorsitzenden Ende August innerhalb eines Jahres bereits zum zweiten Mal befördert – diesmal zum Leitenden Polizeidirektor (A 16). Nach Informationen soll dabei sogar die dienstliche Beurteilung von Walus am Erstgutachter vorbei nach oben korrigiert worden sein.

HPRdP außen vor gelassen

Der HPRdP stellte in einer internen Mitteilung klar: Das Gremium war an diesem Verfahren nicht beteiligt. Zudem bestehen Zweifel, ob die geltenden Beurteilungs- und Beförderungsrichtlinien eingehalten wurden. Der HPRdP fordert, eine mögliche Versetzung von Walus auf einen höherwertigen Dienstposten zurückzunehmen – schließlich leitet er das Amt seit drei Jahren nur kommissarisch.



Innenminister Pegel kontert mit Extra-Rechtsgutachten.

Masken-Fall: Minister Pegel kontert mit Rechtsgutachten

Im Streit um mögliche Untreuevorwürfe gegen Innenstaatssekretär Wolfgang Schmülling hat dann Innenminister Christian Pegel – nach NDR-Angaben vom 25. September 2025 – externe Anwälte eingeschaltet. Die Staatsanwaltschaft wirft Schmülling vor, dafür mitverantwortlich zu sein, dass Landkreisen keine Kosten für Coronamasken berechnet wurden – Schaden: rund 430.000 Euro.

Ein Eilgutachten der Kanzlei Schütte, Horstkotte & Partner mit Sitz in Bad Döberan kommt nun zu einem anderen Ergebnis: Es sei weder ein Schaden entstanden noch seien Forderungen verjährt, da bis heute keine Schlussrechnung der Kreise vorliege.

Justizministerin Jacqueline Bernhardt (Linke) stellte sich hinter die Ermittler, die CDU forderte die Entlassung Schmüllings. Pegel kündigte an, das Gutachten auch der Staatsanwaltschaft vorzulegen.



Quelle: GdP MV



GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher

Die GdP MV äußerte sich in den folgenden Pressemeldungen (chronologische Reihenfolge) zu Wort

GdP MV: Transparenz, Rechtskonformität und Unabhängigkeit in der Landesverwaltung sichern

Schwerin, 12. September: „Beförderungs- und Personalprozesse müssen transparent, nachvollziehbar und nach objektiven Kriterien erfolgen. Alles andere beschädigt das Vertrauen in Menschen, Organisationen und Parteien“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei – GdP Mecklenburg-Vorpommern, Christian Schumacher, mit Blick auf die aktuellen Diskussionen über Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Landespolizei.

In einem Artikel der Nordkurier Mediengruppe wird der Staatssekretär des Innenministeriums, Wolfgang Schmülling (SPD), mit den Worten zitiert: „Die Beförderung ist korrekt verlaufen, alle Vorschriften wurden eingehalten. Walus ist nach Eignung, Leistung und Befähigung laut Bestenauslese bewertet worden und hat sich gegen seine Mitbewerber durchgesetzt.“ Schumacher weiter: „Ein Verfahren, das korrekt abgelaufen ist, braucht eine Überprüfung durch Dritte nicht zu fürchten.“ Aus Sicht der GdP ist besonders wichtig:

- **Transparenz:** Alle Beteiligten müssen umfassende Informationen zum Ablauf der Beförderung erhalten. Unklare oder widersprüchliche Darstellungen gefährden das Vertrauen in die Personalprozesse.
- **Rechtskonformität:** Beförderungen müssen gemäß den geltenden Richtlinien erfolgen. Paramater wie Eignung, Leistungsbeurteilung und Gleichbehandlung müssen eindeutig nachweisbar sein.

- **Unabhängige Prüfung:** Bei Verdachtsmomenten oder Unklarheiten sollten unabhängige Prüfungen oder Gutachten hinzugezogen werden, um Verfahrensfragen sauber zu klären.
- **Politische Einflussnahme:** Politische Verflechtungen müssen strikt ausgeschlossen werden, damit Beurteilungs- und Beförderungsprozesse frei von externen Einflüssen bleiben. Die Anerkennung politischer Neutralität in der Aufgabenverwaltung hat oberste Priorität.

„Diese Beförderung ist nicht mehr ein Thema, das nur die Führungskräfte der Polizei Mecklenburg-Vorpommern bewegt. Die gesamte Beförderungsauswahl im Land Mecklenburg-Vorpommern steht infrage. Ich erwarte eine umfassende Berichterstattung im Innenausschuss, klare Antworten zu den Abläufen, und gegebenenfalls Korrekturmaßnahmen, falls Verfahrensfehler oder Verletzungen von Gesetzen, Vorschriften und Richtlinien festzustellen sind“, so Schumacher abschließend.

GdP MV: Aufklärung statt Hinterzimmerpolitik – Verantwortung übernehmen

Schwerin, 20. September: Die aktuellen Vorgänge um die mutmaßliche Untreue im Innenministerium und im Landesamt für Polizei, Brand und Katastrophenschutz sind ein Schlag ins Gesicht all jener Kolleginnen und Kollegen, die in der Pandemie unter schwierigsten Bedingungen Dienst getan haben. Während unsere Beschäftigten rund um die Uhr im Einsatz waren, um Gesundheitsschutz und öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, wurde im Hintergrund offenbar geschlampt, gedeckelt und verschleppt.

430.000 Euro sind verjährt – Geld, das dem Land und der Polizei fehlt. Statt klarer Führung und rechtzeitiger Entscheidungen

erleben wir ein verantwortungsloses Wegducken. Dass nun gegen den Staatssekretär Schmülling und den kommissarischen Leiter des LBPK ermittelt wird, beschädigt nicht nur das Ansehen der Polizei, sondern erschüttert auch das Vertrauen in sauberes Verwaltungshandeln.

Die Beförderungspraxis, die wie ein politisches Gemauschel wirkt, verstärkt diesen Eindruck massiv. Loyalität zur Parteifarbe darf niemals schwerer wiegen als Loyalität zum Recht und zur Sache. Wenn Posten und Karrieren wichtiger erscheinen als Rechtsstaatlichkeit und Vertrauen, gerät die Polizei als Institution in den Strudel der Politik – und das werden wir als Gewerkschaft nicht hinnehmen. Wir fordern:



Foto: Christian Koepeke – Nordkurier; Bildschirffoto

Wolfgang Schmülling (SPD), Staatssekretär im Innenministerium, steht in der Kritik. (Archiv)

- eine lückenlose und transparente Aufklärung der Vorwürfe.
- ein Ende von politisch motivierten Personalentscheidungen.
- einen klaren Schlussstrich unter parteipolitisches Postengeschacher im Bereich der Polizei.

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben Anspruch darauf, dass über ihnen kein Schatten der politischen Einflussnahme hängt. Die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern braucht Vertrauen – kein Geschachere, keine Mausehelei und keine dubiosen Deals.

Die Verantwortlichen im Innenministerium müssen jetzt endlich handeln: aufräumen, Rechenschaft ablegen und Konsequenzen ziehen.

GdP MV: „Wenn die Spitze versagt – die Polizei zahlt den Preis“

Schwerin, 25. September 2025: „Die GdP MV blickt mit größter Sorge und erheblichem Unmut auf die aktuellen Vorgänge

Quelle: LinkedIn Bildschirffoto



Öffentlicher Post auf LinkedIn von Hannes Lerke



um Innenminister Pegel und seinen Staatssekretär Schmülling“, so der GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher. Während die Polizei tagtäglich mit knapper Personaldecke, überlasteten Dienststellen und unzureichender Finanzausstattung kämpfen muss, scheint im Innenministerium die Energie vor allem darauf verwendet zu werden, interne Machtkämpfe und juristische Schachzüge zu finanzieren.

Dass ein Minister externe Anwaltskanzleien beauftragt, um seinen eigenen Vertrauten aus der Schusslinie zu bringen, während gleichzeitig über 400.000 Euro Steuergeld im Raum stehen, ist ein fatales Signal an die Beschäftigten und die Bevölkerung unseres Landes. Bei der Polizei würde ein solcher Vorwurf – Beihilfe zur Untreue – sofort massive Konsequenzen haben. Suspendierungen, interne Ermittlungen, Disziplinarmaßnahmen – bei uns wird hart und kompromisslos durchgegriffen. Warum also gelten für die politische Spitze andere Regeln? Noch gravierender ist der Imageschaden: Ein Innenminister, der als oberster Dienstherr die Staatsanwaltschaft und Richter eines Amtsgerichts gemeinsam mit beauftragten Anwälten und politischen Vertrauten öffentlich diskreditiert, überschreitet eine rote Linie. Das ist nicht nur schlechter Stil – es ist gefährlich, denn es torpediert die Gewaltenteilung. Die Justiz handelt unabhängig und nicht politisch motiviert.

Als GdP-Landesvorsitzender stelle ich klar: „Rechtsstaatlichkeit endet nicht an der Tür des Innenministeriums. Wer Verantwortung trägt, muss sich den gleichen Maßstäben stellen wie jede Polizistin und jeder Polizist. Wir fordern deshalb maximale Trans-

parenz, die vollständige Offenlegung aller Kosten, alle notwendigen Konsequenzen sowie ein Ende der parteipolitischen Selbstverteidigung auf Kosten der Steuerzahler.“

„Unsere Kolleginnen und Kollegen draußen im Land erwarten von ihrer Führung nicht juristische Winkelzüge, sondern Rückendeckung, eine wertorientierte Vorbildfunktion und Glaubwürdigkeit. Wenn diese verloren geht, leidet nicht nur die Polizei – sondern das Vertrauen in die Demokratie insgesamt“, erklärt Schumacher abschließend.

Die SPD-Landtagsfraktion veröffentlichte am 26. September 2025 – 14:11 Uhr die Pressemeldung: „Transparenz statt Vorverurteilung – Innenminister handelt verantwortungsvoll“ (Anm. d. Redaktion: verkürzte Darstellung).

Eine externe Kanzlei hat ein Gutachten zur Maskenbeschaffung vorgelegt. Ergebnis: Dem Land ist kein Schaden entstanden, da Forderungen erst mit der Schlussrechnung entstehen und nicht verjährt sind. Zu den im Anschluss veröffentlichten Aussagen von Polizeigewerkschafter Christian Schumacher erklärt SPD-Fraktionsvorsitzender Julian Barlen: „Der Innenminister ist an Recht und Gesetz gebunden. Deshalb ist es immer möglich, dass die Staatsanwaltschaft Sachverhalte prüft. Genauso richtig ist es, dass eine Kanzlei die Vorgänge begutachtet hat. Die Beauftragung zeigt: Das Innenministerium setzt sich mit den Vorwürfen auseinander und macht die Ergebnisse öffentlich transparent. Zugleich hat der Innenminister klargemacht, dass das Ministerium vollumfänglich mit der Staatsan-

waltschaft kooperieren wird. Genau diese Transparenz ist doch entscheidend, um die Vorgänge schnell, sauber und auf Faktenbasis aufzuklären.“

Zu den Rücktrittsforderungen der CDU sagte Barlen: „Die Opposition ist längst im Wahlkampfmodus. Wer sich Rechtsstaatlichkeit auf die Fahnen schreibt, sollte nicht schneller vorverurteilen, als Markus Söder seine Meinung wechselt.“

GdP MV: „Verantwortung beginnt an der Spitze – nicht bei den Beschäftigten“

Schwerin, 26. September 2025: Christian Schumacher: „Ein Gutachten vorzulegen, das in erster Linie die Verjährungsfrage dreht und wendet, ersetzt keine klare politische Aufarbeitung.“ Für uns als Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist eines klar: Wir müssen uns jeden Tag an Recht und Gesetz messen lassen. Schon der bloße Verdacht eines Fehlverhaltens reicht, um das Vertrauen in die Polizei massiv zu beschädigen. Selbiges gilt für politische Entscheidungsträger.

Statt den Ball immer wieder Richtung Opposition zu spielen, sollte die Landesregierung die Verantwortung bei sich selbst suchen. Wer Kritik reflexartig als Wahlkampf abtut, verkennt, dass es hier um Glaubwürdigkeit und um Vertrauen in staatliches Handeln geht.

„Was wir brauchen, ist lückenlose Aufklärung, klare Konsequenzen und die Bereitschaft, politische Verantwortung zu übernehmen, bevor das Vertrauen vollends verspielt ist“, so der GdP-Landesvorsitzende abschließend. ■

„Wenn der Saboteur kommt, muss die Polizei bereit sein – GdP warnt vor Finanzierungslücken“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern begrüßt (Anm. d. Redaktion: 30. September 2025), dass das Thema Drohnenabwehr und polizeilicher Drohneneinsatz zunehmend in den Fokus rückt. Die Bedrohungslage ist real – ob durch Sabotage, Kriminalität oder Terrorismus.

Christian Schumacher, Landesvorsitzender der GdP MV, betont: „Drohnenabwehr

und eigene Polizeidrohnen sind ein wichtiges Thema. Es ist gut, dass sich darum gekümmert wird. Wichtig ist aber eine langfristige und ausreichende Finanzierung, denn die Technik schreitet stets voran. Und auch der Saboteur, Kriminelle oder Terrorist schläft nicht. Die Abwehrtechnik muss dezentral im Land vorhanden sein, denn im Fall der Fälle braucht es einen schnellen Einsatz. Und sicherlich müssen auch Unter-



Quelle: PVAG



nehmen eigene Kompetenzen zum Schutz ihrer Anlagen aufbauen.“

Die GdP MV unterstreicht, dass die Polizei verlässliche und moderne Ausstattung benötigt, um schnell und effektiv reagieren zu können. Drohnentechnik darf nicht an

Projektgrenzen oder kurzfristigen Investitionen scheitern. Es braucht eine dauerhafte Finanzierungsstrategie und klare Strukturen, damit die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern nicht dem Zufall überlassen bleibt.

„Wir dürfen nicht erst dann reagieren, wenn der Ernstfall schon eingetreten ist“, so Schumacher.

„Sicherheit im Luftraum ist ein Teil der inneren Sicherheit – und die gehört in verlässliche Hände.“ ■

75 Jahre Gewerkschaft der Polizei – ein starker Schutzschild

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) blickt in diesem Jahr auf ihr 75-jähriges Bestehen zurück. „75 Jahre unermüdlicher Einsatz für die Menschen, die andere beschützen, muss gefeiert werden. Täglich wird uns vor Augen geführt, warum wir Polizistinnen und Polizisten eine starke Polizeigewerkschaft in dieser Bundesrepublik brauchen“, unterstrich Jochen Kopelke, Bundesvorsitzender der GdP. „Ein verlässlicher Schutzschild für unsere Mitglieder zu sein, ist keine leichte Aufgabe – umso mehr dürfen wir dieses Jubiläum selbstbewusst feiern.“

Am 10. September lud die GdP zu einer großen Festveranstaltung nach Berlin. Neben Bundesinnenminister Alexander Dobrindt und der DGB-Bundesvorsitzenden Yasmin Fahimi waren zahlreiche ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre und Wegbegleiter unter den Gästen. Gemeinsam erinnerten sie an die Erfolgsgeschichte der GdP – heute die größte Polizeigewerkschaft der Welt.

Ihre Anfänge nahm die GdP im Jahr 1950: Nach vorbereitenden Gesprächen im Frühjahr kamen am 14. September Vertreter der Polizeivereinigungen aus den westlichen Besatzungszonen in Hamburg zusammen. Dort beschlossen sie nach intensiven Beratungen die Gründung einer Gewerkschaft für alle Polizeibeschäftigten in der jungen Bundesrepublik. Von Anfang an galt: Die GdP vertritt Beschäftigte in den Sicherheitsbehörden unabhängig von ihrem Status – ob Beamtin, Beamter oder Tarifbeschäftigte.

Hier ein grober Überblick über das, was auf unserer gewerkschaftspolitischen Agenda steht. Um dies alles und mehr bewältigen zu können, benötigen wir auch weiterhin euer Zutrauen und weitere Kolleginnen und Kollegen, die sich uns anschließen wollen. Helft uns bitte dabei mit.

- Wir fordern von der Bundesregierung deutlich mehr und nachhaltige finanzielle Mittel für eine sichere innere Sicherheit, ausreichend Personal und bestmögliche Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.
- Wir sprechen uns für eine grundlegende Harmonisierung der Polizeien mit Blick auf einen bewährten Föderalismus aus.
- Wir fordern für die Polizeien zeitgemäße Befugnisse.
- Wir wollen, dass ihr und eure Angehörigen – in welchen Beziehungskonstellationen auch immer – im Falle eines Dienstunfalls gut abgesichert seid.
- Wir stehen für die Unantastbarkeit der Beamtenversorgung sowie für eine moderne, faire und spürbar bessere Rente mit einer guten betrieblichen Altersvorsorge (VBL).
- Wir setzen uns für ein gleiches Versorgungsrecht ein. Wir wollen, dass die Sonderkürzung der verdienten Versorgung für übernommene Ex-DDR-Bediens-tete abgeschafft wird. Die GdP-Petition dazu liegt dem Deutschen Bundestag vor.
- Wir binden euch mit einer Mitgliederbefragung in die Forderungen zur Tarifrunde der Länder 2025/2026 ein. Die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Ergebnisse auf Beamtinnen, Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger ist dabei obligatorisch und nicht verhandelbar.
- Wir wollen den Arbeitsplatz Straße für euch sicherer machen.

- Wir kämpfen für eine moderne und attraktive Polizeiverwaltung im digitalen Zeitalter.
- Demokratie stärken, heißt Verfassungsschutz stärken
- Wir fordern eine Digitalisierung, die die Arbeit erleichtert.
- Wir begleiten den Einsatz von KI, damit eure Arbeitskraft nicht überflüssig wird und ihr am Ende entscheidet – nicht die Maschine.
- Wir wollen ein in Sachen innere Sicherheit besser vernetztes Europa. Durch ihre Mitarbeit in europäischen Gremien trägt die GdP dazu bei, dass die Stimme der Polizei in der EU gehört wird. Mit der Mitgliedschaft in EU.Pol setzt sich die GdP in diesem Netzwerk für bessere Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung, Mitbestimmung, den Schutz von Polizeibeschäftigten und eine widerstandsfähige Sicherheitsarchitektur ein. ■



Fotos: GdP/Kay Hirschmann



NEUER JAHRGANG, NEUE ENERGIE –
114-MAL VERSTÄRKUNG FÜR MV

114 neue Gesichter bei der Polizei MV!

So viele Frauen und Männer wurden jetzt zu Polizeikommissar-Anwärterinnen und -anwärtern auf Widerruf ernannt. Für sie beginnt damit das dreijährige Bachelorstudium – der erste große Schritt in ein spannendes Berufsleben bei der Polizei.

Der nächste Höhepunkt lässt nicht lange auf sich warten: Am 21. November 2025 werden die neuen Kolleginnen und Kollegen in der Sport- und Kongresshalle in Güstrow feierlich vereidigt. Ein besonderer Tag – und der Moment, in dem aus dem „Studium starten“ ein „Polizist/-in werden“ wird.

Wir als GdP MV heißen euch alle herzlich willkommen in unserer großen Polizeifamilie. Schön, dass ihr da seid! Wir stehen euch im Studium und darüber hinaus zur Seite – ob mit Rat, Unterstützung oder einfach mit einem offenen Ohr. ■



Fotos: GdP/Kay Herschmann und GdP/MV

„Zukunft für unsere Wachen: Neue Polizeigebäude in MV“

Mecklenburg-Vorpommern bekommt neue Polizeigebäude: In Gadebusch, Ueckermünde, Sassnitz, Bad Doberan, Friedland, Waren und Güstrow sollen moderne Wachen entstehen, um die Arbeitsbedingungen für die Beamtinnen und Beamten deutlich zu verbessern. Die Finanzierung erfolgt aus dem Sondervermögen des Bundes.

Marode Wachen und beengte Arbeitsräume sollen damit bald der Vergangenheit angehören. Als Vorbild für die Neubauten dient die Polizeiwache in Heringdorf: Sie ist barrierefrei, energieeffizient ausgestattet und bietet moder-

ne Arbeitsplätze, die auf die Bedürfnisse der Einsatzkräfte zugeschnitten sind. Photovoltaikanlagen und eine Wärmepumpe sorgen zudem für nachhaltige Energieversorgung.

Die standardisierte Bauweise der neuen Gebäude verkürzt die Planungszeiten erheblich. Finanzminister Heiko Geue (SPD) betont: „Davon profitiert nicht nur die Bauwirtschaft, sondern vor allem auch die Polizistinnen und Polizisten sowie die Bürgerinnen und Bürger vor Ort.“ Während die Gebäude in Gadebusch, Ueckermünde, Sassnitz, Bad Doberan und Friedland nach einem einheitlichen Standard entstehen, sollen die Neubauten in Waren und Güstrow individuell gestaltet werden.

Innenminister Christian Pegel (SPD) wertet das Bauprogramm als deutliches Signal der Anerkennung für die Arbeit

der Polizei: „Die Investition in unsere Dienststellen zeigt, dass wir die Leistungen unserer Einsatzkräfte schätzen.“ Im kommenden Jahr sollen die neuen Polizeigebäude bereits fertiggestellt sein.

Für Mecklenburg-Vorpommern stehen im Rahmen des Bundesinvestitionsprogramms für Infrastruktur und Klimaneutralität insgesamt 1,92 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon sind 250 Millionen Euro für Maßnahmen der inneren Sicherheit und des Bevölkerungsschutzes vorgesehen, darunter der Bau der neuen Polizeidienststellen.

Kritik kommt von der FDP: René Domke, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, hält das Bauprogramm für „kein Investitionssignal, sondern eine Verschiebung von Verantwortung“. Seiner Ansicht nach sei der Betrieb funktionierender Polizeidienststellen eine Kernaufgabe des Staates, die aus dem regulären Landeshaushalt finanziert werden sollte – nicht über ein schuldenfinanziertes Sondervermögen. ■



Bildschirmfoto: GdP MV/Instagram



Fotos: GdP-KG LKA MV

Sommerfest der Kreisgruppen Schwerin, Landeskriminalamt und LBPA/LPBK

Am 13. September feierten wir unser dies-jähriges Sommerfest der Kreisgruppen des Landeskriminalamts, Schwerin sowie LBPA/LPBK. Austragungsort war das idyllische Gelände des Feriendorfes Mueß in Schwerin, wo wir unsere Zelte aufschlugen. Trotz wechselhaften Wetters fanden rund 80 Gäste den Weg zu uns. Kolleg:innen im aktiven Dienst ebenso wie Ruheständler:innen und Pensionär:innen, begleitet von Familien und Freunden.

Für gute Unterhaltung sorgte unser Kollege Zauberflo, der mit seiner magischen und humorvollen Show Groß und Klein begeisterte. Popcorn knabbern, staunen und die Tricks durchschauen, die Kinder waren mit Feuereifer dabei. Auch die Hüpfburg des Landesfeuerwehrverbandes, eine Lufrakete und eine Partie Wikinger-Schach sorgten für Bewegung und jede Menge Spaß.

Während die Kinder tobten, blieb für die Erwachsenen genügend Zeit zum Austausch. Bei einem Getränk sprachen wir über Herausforderungen im Dienst, die Eckpfeiler, die Personalsituation und Einsatzbelastung bis hin zu erfreulichen Entwicklungen wie dem neuen ETR-Bereich in der Hagenower Straße.

Am späten Nachmittag legten wir Leckereien auf den Grill und ließen uns gemeinsam das Essen schmecken. Unsere Fotografin Ka-lotta-photography begleitete den Tag und hielt viele schöne Momente für uns fest.

Wir haben auch an die Kolleg:innen gedacht, die an diesem Tag aufgrund ihres Einsatzes beim CSD in Grevesmühlen nicht dabei sein konnten. Ein herzliches Dankeschön an euch für euren Dienst. Ein großes Dankeschön geht zudem an alle Unterstützer:innen



und Helfer:innen: Ohne euch wäre ein solches Fest nicht möglich gewesen. Die vielen positiven Rückmeldungen und vor allem die strahlenden Augen der 25 Kinder motivieren uns, auch im nächsten Jahr wieder ein Sommerfest auf die Beine zu stellen. Vielen Dank an alle, die dabei waren! ■

Senioren der Kreisgruppe Neubrandenburg tauschen sich beim September-Stammtisch aus



Am 9. September dieses Jahres hatte der Seniorenvorsitzende Detlef Kardetzki zum traditionellen Stammtisch wie immer in die Offiziersheimgesellschaft der Tollensekaserne in Neubrandenburg eingeladen

und konnte zum vorletzten Treffen dieser Art in 2025 20 Seniorinnen und Senioren begrüßen.

Mit Blumen und einem kleinen Präsent gratulierte Detlef nachträglich den September-Geburtsstagskindern Renate Randel und Regina Terrey. Am lecker eingedeckten Frühstücksbuffet wurden dann die Teller gefüllt und gemeinsam gefrühstückt.

Und auch wie immer gab es eine gute Geräuschkulisse; Erlebnisse und sicher auch kleine Sorgen wurden ausgetauscht. Im Gespräch waren weiter die noch in diesem Jahr anstehenden Veranstaltungen wie die traditionelle Schiffsfahrt und Weihnachtsfeier sowie die laufende Fragebogenaktion der GdP zur Beihilfe.

Nach zwei Stunden mit Blick auf den letzten Stammtisch des Jahres im November verabschiedeten sich die Teilnehmer voneinander.

Renate Randel



Fotos: GdP-KG Neubrandenburg



GEMEINSAM FÜR STARKE FRAUEN IN DER POLIZEI

Gespräch der Frauengruppe mit Justizministerin Jacqueline Bernhardt

Die Nachwuchsgewinnung und -bindung in der Polizei Mecklenburg-Vorpommern steht vor großen Herausforderungen. Sinkende Absolvent:innenzahlen an der Fachhochschule, hohe Abbruchquoten im Studium und in der Ausbildung sowie der spürbare Wettbewerb um geeigneten Nachwuchs machen deutlich, dass es neue Wege braucht, um junge Menschen erfolgreich in den Polizeiberuf hineinzuführen und sie langfristig zu halten.

Gerade Frauen sind dabei von besonderen Hürden betroffen. Sei es in der Sozialisationsphase während Studium und Ausbildung oder beim Einstieg in den Berufsalltag. Die Frauengruppe der GdP Mecklenburg-Vorpommern hat dies in ihrer Resolution klar benannt und fordert eine gezielte Stärkung von Berufsanfängerinnen durch bessere Ausbildungsstrukturen, Mentoring und verbindliche Gleichstellungsziele. Auch die behördenübergreifende Arbeitsgruppe „Sozialisation“ betonte in ihrem Abschlussbericht, dass berufliche Entwicklung und Bindung an die Organisation nur als gemeinschaftliche Aufgabe gelingen kann: mit praxisnaher Begleitung, moderner Fehlerkultur und gezielten Unterstützungsangeboten.

Einladung der Ministerin

Vor diesem Hintergrund lud Justizministerin Jacqueline Bernhardt Vertreterinnen der Frauengruppe (Sandra Konkol, Nele-Marie Gundlach und Annika Sips) zu einem gemeinsamen Mittagessen ein. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die Sozialisationsprozesse für Frauen in der Polizei gestärkt und gezielt durch Mentoringprogramme unterstützt werden können.

Annika berichtete dabei von ihrer Bedarfsanalyse, die sie in ihrer Bachelorarbeit im Rahmen ihres Studiums an der FHöVPR gemacht hat. Sie hatte eine anonyme Befragung unter Studierenden durchgeführt und zeigte, wie groß das Interesse und der Bedarf an einem Mentoringprogramm für Frauen an der Fachhochschule sind. Ihre Ergebnisse unterstrei-

chen die Forderung der Frauengruppe nach einem strukturierten Mentoringprogramm, das bereits während des Studiums ansetzt und bis in den Polizeiberuf hineinwirkt.

„Ängste abbauen, Chancen aufzeigen, Unterstützung durch das Teilen eigener Erfahrungen, das sind entscheidende Bausteine, damit junge Kolleginnen ihren Platz in der Polizei finden und behalten“, betonte Sandra Konkol im Gespräch.

Fachliche Impulse und Projekte

Neben der Vorstellung der Bachelorarbeit wurde auch auf weitere Initiativen verwiesen:

- das **ver.di-Projekt Ronja**, das Frauen unter 40 stärkt, bildet und für aktive, ehrenamtliche Arbeit fit macht, sowie
- die **Masterarbeit von Kollegen Stephan Bockting** an der DHPol zum Thema Sexismus in der Polizei.

Beide Ansätze beschäftigen auch die Frauengruppe und Letzteres hat auch die Gleichstellungsbeauftragten sowie Personalrätinnen der Polizei bewegt und zeigt, dass strukturelle Veränderungen notwendig sind.

Perspektiven: Frauen stärken, Führung entwickeln

Das Ziel ist klar: Frauen sollen bereits im Studium und in der Ausbildung gestärkt sozialisiert werden und zugleich in ihrer Entwicklung zu Führungskräften unterstützt werden. Denn immer weniger Frauen entscheiden sich für den Polizeiberuf und manche verlassen die Organisation wieder auf dem Weg dorthin. Ein gezieltes Mentoringprogramm könnte hier gegensteuern und Perspektiven eröffnen.

Die Frauengruppe fordert daher, die Förderung von

Frauen in der Polizei verbindlich im gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm der Landesregierung FOKUS zu verankern. Nur so lassen sich nachhaltige Strukturen schaffen, die Frauen langfristig stärken.

Annika Sips zog nach dem Treffen ein positives Fazit: „Ich fand es schön, weitere begeisterte Frauen zu treffen, die motiviert sind, sich zu engagieren. Vor allem bei Frau Bernhardt, die interessiert ist und wirklich etwas bewegen möchte. Lust, mich weiter für uns einzusetzen, habe ich auf jeden Fall.“

Auch Ministerin Bernhardt zeigte sich offen für die Anliegen der Frauengruppe. Sie machte deutlich, dass die Erstellung des gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms der Landesregierung eine Chance bietet, verbindliche Ziele für die Frauenentwicklung in der Polizei festzuschreiben.

Unser Auftrag

Die Frauengruppe der GdP wird diesen Prozess weiter konstruktiv begleiten. Der nächste Schritt ist der Dialog mit den Entscheider:innen im Innenministerium und an der Fachhochschule, um konkrete Maßnahmen vom Mentoringprogramm bis zu verbesserten Sozialisationsstrukturen auf den Weg zu bringen.

Denn klar ist: Die Polizei braucht engagierte Frauen und die Frauen brauchen eine Polizei, die ihnen gleiche Chancen bietet. ■



Von links nach rechts: Sandra Konkol, Jacqueline Bernhardt, Nele-Marie Grundlach und Annika Sips